



Erkenntnisse aus dem Workshop „Welche Beiträge leistet die Entwicklungspolitik für eine nicht-rassistische Gesellschaft?“

1. Es ist richtig und relevant, Antirassismus und Entwicklungspolitik zusammen zu denken

Von vielen Teilnehmenden wurde die Initiative, Entwicklungspolitik und Antirassismus mehr zusammen zu denken und zusammen zu bringen, positiv aufgenommen. Es wurde aber auch deutlich, dass die Engagierten aus der Entwicklungspolitik und die wenigen anwesenden antirassistischen Aktivist/innen recht wenig von einander wissen. Die Beschreibungen von entwicklungspolitischer Praxis und antirassistischer Arbeit – im Rahmen der Inputs im Plenum und den Arbeitsgruppen am ersten Tag – wurden als interessant und bereichernd hervorgehoben. Eine Arbeitsgruppe kam zu dem Ergebnis, dass Antirassismus kein Thema, sondern eher einen Rahmen für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit abgeben sollte. Bis dahin scheint es uns jedoch ein weiter Weg zu sein. Letztlich sind wir jedoch kaum in den 1,5 Tagen dazu gekommen, konkret die Beiträge der Entwicklungspolitik für eine nicht-rassistische Gesellschaft herauszuarbeiten. Vielleicht war das auch zu viel verlangt für diesen Auftakt?

2. Begegnungen beinhalten Chancen aber auch Probleme

Wiederholt wurde auf die rassistische Bilder und Vorurteile abbauenden Begegnungen in der Entwicklungspolitik und darüber hinaus verwiesen. So sagte Austen Brandt explizit, dass Rassismus nicht durch Begegnung, sondern durch wirkmächtige rassistische Bilder entstehe. Eine AG meinte: Der Nord-Süd-Austausch sei sowohl Problem als auch Chance. Eine andere AG ergänzte, wichtig sei die gemeinsame, kollegiale Gestaltung der Begegnung. Die Südpartner brauchen eine gleichberechtigte Stimme. Diese Gleichberechtigung ist allerdings nicht gegeben, schaut man sich mal die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Finanzen in der Begegnung an. Dies sowie die bessere Einbindung von Migrant/innen (z.B. auch bei der Erstellung von Richtlinien) sind wichtige Bausteine wirkungsvolle Begegnungen. Wenn man Rassismus in Begegnungsreisen nicht thematisiert oder aufarbeitet, dann können dabei Rassismen wieder reproduziert werden. In Bezug auf die Arbeit und Begegnung mit Geflüchteten wurde hervorgehoben, sich kritisch mit den eigenen Erwartungen auseinanderzusetzen. Werden diese enttäuscht bzw. entsprechen die Geflüchteten nicht den Erwartungen der Unterstützer/innen, dann droht die Verkehrung ins Negative und Stärkung von Vorurteilen. Kritisiert wurde auch die weit verbreitete Haltung in der Begegnungs- und Solidaritätsarbeit, dass die Geflüchteten dankbar sein müssten. Dies hat dann mit Begegnung nicht mehr zu tun, hier geht es vielmehr um die eigenen Projektionen.

3. Antirassismus und Globales Lernen haben geringen Stellenwert in Schule, Lehre & Ausbildung

Einerseits bietet eine entwicklungspolitische Bildungsarbeit die Chance, globale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Schulklasse zu bearbeiten. Andererseits muss stets die Wirkung von bereits existierenden Bildern in den Köpfen und ihre ständige Reproduktion berücksichtigt und aufgegriffen werden. Von erfahrenen Bildungsreferent/innen wurde kritisiert, dass die Bearbeitung von Rassismus und das Globale Lernen keinen Einzug in die regulären Lehrpläne fänden. Die Zeit im Rahmen von Projekttagen mit Schüler/innen zu arbeiten, sei oft zu kurz. Problematisiert wurde auch das Lehrmaterial, in dem rassistische und Perspektiven aus dem Globalen Süden fehlen würden. Gefordert wurden u.a. verbindliche Trainings zu Menschenrechten und Antirassismus sowie Themen des Globalen Lernens in der Lehrerbildung.

4. Wie rassistisch ist die Entwicklungszusammenarbeit?

Ein großer und zuweilen kontrovers diskutierter Komplex war die Auseinandersetzung über den Rassismus in der Entwicklungszusammenarbeit. Hier gingen die Meinungen in den zwei Tagen immer wieder stark auseinander. Wenngleich niemand der Einschätzung widersprach, dass es in der

Entwicklungspolitik eine „Dominanzkultur des Nordens“ gibt und Rassismus auch ein Thema in der Entwicklungspolitik ist, so unterschiedlich waren jedoch die Einschätzungen dazu, *wie* rassistisch die Entwicklungspolitik ist. Inputgeber wie Erbin Dikongue und Arbeitsgruppen-Referentin Ely Almeida Rist benannten hier eigene Erfahrungen und fanden auch deutliche Worte. Ein Teilnehmer sprach gar davon, dass Entwicklungspolitik das Rassistische sei, was in den letzten Jahrzehnten produziert wurde. Diese Analysen in Bezug auf die Entwicklungspolitik wurden nicht von allen Teilnehmenden geteilt. Diese bislang nur an der Oberfläche und vor allem nicht breit geführte Kontroverse verweist darauf, dass es wichtig wäre, diesen Fokus von „Wie rassistisch ist die Entwicklungspolitik“ (im Prinzip ja die Umkehrung von unserem Workshopthema) in geschützten und respektvollen Räumen weiterzuführen.

5. Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus – Selbstbeschäftigung oder notwendiger Teil der eigenen Arbeit

Ebenfalls breiten Raum, vor allem am zweiten Tag, nahm die Auseinandersetzung mit dem eigenen Weißsein und der Beschäftigung mit der eigenen Verstrickung/Betroffenheit vom Rassismus ein. Bereits am ersten Tag gab es einige Positionen und Beiträge, die forderten, antirassistische und postkoloniale Thematiken stärker in die entwicklungspolitische und schulische Bildung einfließen zu lassen. Gefordert wurde u.a. bessere Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrer und Schüler/innen hinsichtlich einer antirassistisch und global gerechten Schule. Auch NRO bräuchten Qualifizierung dazu, wie sie besser antirassistisch arbeiten könnten. Die Reflexionen von Austen Brandt am zweiten Tag waren für einige Teilnehmende auch ein „Eye-Opener“ hinsichtlich dessen, dass auch sie als Weiße vom Rassismus betroffen sind. Brandt unterstrich, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus letztlich gut tut, da es nicht um ein Anprangern, sondern um ein Empowerment geht.

Während einige TN diese Auseinandersetzung („Critical Whiteness“) auch als Bestandteil ihres entwicklungspolitischen Engagements sehen, wurde von anderen, u.a. von Barbara Riek hinterfragt, ob man/frau sich in der eigenen Arbeit so viel mit sich selbst beschäftigen sollte oder sich nicht lieber intensiver den Zielgruppen widmen sollte, von denen viele bislang noch nicht erreicht wurden. An diesem Punkt herrscht unserer Meinung nach noch erheblicher Klärungs- und Diskussionsbedarf zwischen den „Polen“.

6. Wir sind eingeladen, vor Ort und in den Kommunen einen antirassistischen und weltoffenen Beitrag zu leisten und Vorurteile zu entkräften

Die oben zitierte Position von Riek war Kommentar zu einer Rückmeldung von unseren Gästen aus Politik, Verwaltung, Förderung und Zivilgesellschaft am zweiten Tag, bei der zuvorderst die sächsische Ministerin für Integration und Gleichstellung Petra Köpping, aber auch der Bürgermeister von Heidenau, Jürgen Opitz, uns spiegelten: Ihr seid nicht präsent bei den Einwohnerversammlungen in den Städten und Gemeinden, wenn es um das Thema Integration und Asyl geht. Sowohl Frau Köpping als auch Herr Opitz unterstrichen, dass die NRO-Vertreter/innen mit ihren Kompetenzen in diesem Bereich und diesen Situationen vor Ort dringend benötigt werden. Simon Ramirez-Voltaire kommentierte: Lasst uns dies doch nicht als Kritik, sondern als Einladung und auch als Anerkennung unserer Kompetenzen und der Bedeutung der Zivilgesellschaft sehen.

Wir sollten in den nächsten Monaten sehr genau überlegen und „ausarbeiten“, wie diese Rolle antirassistischer und entwicklungspolitischer Akteure und Migrantisch-Diasporischer Organisationen auf kommunaler Ebene im Kampf gegen Vorurteile gegenüber Geflüchteten und bei der Frage des nachbarschaftlichen, interkulturellen Miteinanders auf lokaler Ebene aussehen könnte und welche Argumente, Instrumente, Methoden und Ressourcen wir hier einbringen könnten.

7. Wir vermissen eine klare Positionierung des Staates im Kampf gegen Intoleranz und Rassismus

Diese Kritik und Einladung an die entwicklungspolitische und antirassistische Zivilgesellschaft bedarf jedoch – neben ihrer Annahme – auch der Spiegelung unsererseits an die Gäste aus Politik, Verwaltung und Fördereinrichtungen: Ob in Bautzen, Leipzig oder Anklam, die NRO, MDO und engagierte Aktivist/innen sind sehr wohl auf lokaler Ebene tätig und stehen zuweilen in der ersten Reihe im Kampf gegen die NPD in Anklam oder gegen Legida & Pegida in Leipzig und Dresden. Die Bildungsreferentin Ely Almeida Rist berichtete davon, dass sie in Bautzen sehr aktiv sei, aber von der Kommune nicht gesehen und anerkannt würde. Vor allem in der Arbeitsgruppe, bei der es um den Kampf um die Köpfe und Räume in ländlichen Regionen und Städten ging, berichteten die Referierenden, dass sie sich alleingelassen fühlen von staatlichen Strukturen und Akteuren, dass sie explizit behindert und

kriminalisiert werden von staatlicher Seite, wenn sie sich gegen Rassismus und Neonazismus stellen. Die Kolleg/innen aus Mecklenburg-Vorpommern berichteten davon, dass die (Spar)Politik ein Vakuum im sozialen, kulturellen und demokratischen Bereich hinterlassen habe, dass es kaum noch staatliche oder kommunale Einrichtungen gäbe, die diese Defizite und Lücken auffangen würden. Explizit wurde formuliert, Behörden und staatliche Institutionen sind nicht greifbar, wenn es darauf ankommt und zeigen kein Gesicht. Grit Hanneforth vom Kulturbüro Sachsen forderte den Staat explizit dazu auf, People of Colour (PoC) und Migrant/innen wirkungsvoll vor verbalem und gewalttätigem Rassismus zu schützen. Tue er das nicht, so ist dies institutioneller Rassismus. Die oben genannte Arbeitsgruppe formulierte: Wir vermissen eine klare Position des Staates in dieser Situation. Länder und Bund müssen hier mit einem gemeinsamen demokratischen Verständnis sichtbar werden.

8. Engagement gegen Rassismus und Intoleranz muss deutlich stärker finanziert werden – vor allem auf dem Land!

Aus dem oben Gesagten richten wir vor allem an die Geldgeber aus Sachsen, dem BMZ, der Engagement Global gGmbH und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst die Forderungen: Ermöglicht mehr und höhere Förderungen von Projekten und Vereinen, die an der Schnittstelle von Entwicklungspolitik und Antirassismus liegen. Erfahrungsberichte von den Kolleg/innen aus Leipzig, Rostock und Greifswald und anderswo zeigen, dass Staat und Zivilgesellschaft den organisierten Rechten und Nazis die ländlichen Räume und Stadtteile nicht überlassen darf. Es müssen mehr Projekte und auch zivilgesellschaftliche Strukturen im ländlichen Raum finanziert und gefördert werden.

9. Migrant/innen und PoC gestalten die Gesellschaft und die Entwicklungspolitik

Es war ein dezidiertes Anliegen der Veranstalter, bei diesem Workshop Migrant/innen und PoC als „Dienstleister“, Inputgeber/innen, Referent/innen und Teilnehmer/innen einzubeziehen. Für uns ist das keine oberflächliche Effekthascherei, sondern die Abbildung gesellschaftlicher Realitäten. In diesem Sinne ist das Bemühen, unterschiedlichsten Perspektiven Raum in der gemeinsamen Diskussion zu geben sowie die Präsenz und das Lernen von migrantischen und PoC-Expert/innen auch eine klare Positionierung gegen dumpfe, nationalistische und rassistische Stimmen in der gegenwärtigen Situation. In Bezug auf die unter Punkt 6 und 8 beschriebenen Dinge muss überlegt werden (wo es möglich und zulässig ist, auch unter Sicherheitsaspekten), wie migrantische Referent/innen und Fachkräfte und PoC in den Kommunen und im ländlichen Raum „einwirken“ können mit der Botschaft: „Wir sind hier, wir gehören dazu, wir haben Expertisen und wir leisten einen Beitrag.“ Auch dies ist ein Element in der Strategie: Je präsenter staatliche Stellen (und Leistungen) und die vielfältige Zivilgesellschaft auf dem Land und in den sogenannten „no go-areas“, desto schwieriger haben es die Rechten und Nazis, diese Orte und Atmosphäre der Angst zu halten.

Wir fordern zudem die Entwicklungspolitik auf, sich gleichfalls noch stärker und eindeutiger für die Expertisen und Perspektiven migrantischer Akteure zu öffnen, denn allzu oft fehlen diese Beiträge bei staatlichen und nicht-staatlichen entwicklungspolitischen Veranstaltungen. Geldgeber wie das BMZ und das Land Sachsen, Fördereinrichtungen wie Engagement Global, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, die Stiftung Nord-Süd-Brücken und weitere Finanziere müssen die Institutionen migrantischer Selbstorganisation und die Projektarbeit von Migrant/innen und PoC deutlich stärker finanzieren, denn sie sind ein essentieller Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und Realisierung der Agenda 2030/SDG. Diese Verantwortung von uns allen forderte auch der BMZ-Vertreter Stephan Lockl während der Diskussion.

10. Wir machen weiter und wollen praktisch und handlungsmächtig werden

Diese Diskussion war ein erster Schritt, Antirassismus und Entwicklungspolitik aufeinander zu beziehen und nach Schnittmengen und konkreten Praxishilfen zu suchen. Wir sind nicht sehr weit damit gekommen, haben eher über den Rahmen dieser Komplexe, über unterschiedliche Hintergründe, Positionen und Wahrnehmungen diskutiert und gestritten. Das war weder verwunderlich noch ist es überflüssig, sondern ein notwendiger Schritt auf dem Weg hierzulande als entwicklungspolitische und antirassistische Akteure handlungsmächtig zu werden. Wir möchten gerne an diesen Themen weiterarbeiten, gerade auch, um in den nächsten Monaten mehr zu den konkreten Beiträgen der Entwicklungspolitik zu der nicht-rassistischen Gesellschaft zu kommen. Deswegen laden wir alle, die an dem Workshop teilgenommen haben und auch diejenigen, die bislang andere Wege/Schritte gegangen sind, dazu ein, mit und natürlich auch ohne uns „dran zu bleiben“ an dieser relevanten gesellschaftlichen Schnittstelle.